

DEUTSCHER BUNDESTAG
16. Wahlperiode
Ausschuss für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

5. Juni 2008

66. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
am Freitag, 6. Juni 2008

Antrag
der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD

zum Vertrag über die Beteiligung von Kapitalanlegern an den Verkehrs-, Logistik- und
zugehörigen Dienstleistungsgesellschaften der Deutsche Bahn AG („Beteiligungsvertrag“)
Ausschussdrucksache 16(15)1220 neu - Entwurf eines Vertrages

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung möge beschließen:

1. Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nimmt den vorliegenden Vertragsentwurf über die Beteiligung von Kapitalanlegern an den Verkehrs-, Logistik- und zugehörigen Dienstleistungsgesellschaften der Deutsche Bahn AG („Beteiligungsvertrag“) zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung begrüßt, dass gemäß § 18.1 des Beteiligungsvertrages der Erlös aus der Veräußerung der Aktien an der DB ML AG abzüglich eines zwischen Bund und DB AG vor der Teilprivatisierung festzulegenden Betrages, der im Unternehmen verbleiben soll, dem Bundeshaushalt zufließt.
3. Die Hälfte der dem Bund zufließenden Mittel ist zusätzlich für ein Investitions- und Innovationsprogramm (IIP) zu verwenden. Dieses Programm wird bis zum 1. Dezember 2008 abgestimmt vorgelegt. Dieses IIP wird in einem geschlossenen Programmrahmen mit dem überjährig verfügbaren Haushaltsvolumen vom BMVBS entsprechend der Zielsetzung des Bundestagsbeschlusses vom 30. Mai 2008 bewirtschaftet.
4. Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erwartet, dass künftig Gewinne der Infrastrukturgesellschaften vorrangig für die Verbesserung der Eisenbahninfrastruktur eingesetzt werden.
5. Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erwartet, dass auf Grundlage der regelmäßigen Berichte der DB AG über alle beabsichtigten wesentlichen Veränderungen ihres Personenfernverkehrsangebotes unter Darlegung der zugrunde liegenden Bedarfsanalysen dem Parlament alle zwei Jahre ein Bericht vorgelegt wird, der die Entwicklung des Fernverkehrs aufzeigt. Außerdem soll eine transparente Informationspolitik aller im Personenfernverkehr Beteiligten die Aufgabenträger des SPNV in die Lage versetzen, eine optimale Abstimmung ihrer Angebote mit dem Fernverkehr sicherzustellen.